

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

2/XXI/197

Bonn, den 24. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Waffenlieferungen... "Hilfe" mit unerwünschten Folgen für Bonn	50
2 - 3	Entwicklungsbedürftige Gesundheitspolitik LVA-Rheinprovinz schlägt Alarm	67
4	"Jugend von heute" Pauschalurteile sind nicht angebracht	51
5	Uruguay und der Sowjetblock Auch Pankow mischt mit Von unserem HD-Korrespondenten in Lateinamerika	45

+ +

## Waffenlieferungen...

### "Hilfe" mit unerwünschten Folgen für Bonn

ap - Die Forderung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, vor dem Parlament vertreten durch ihren Afrika-Experten **W i s e h - n e w e k i**, die Bundesrepublik solle keine Waffen mehr an Staaten außerhalb des NATO-Bereichs liefern, ist nicht neu. Obwohl zahlreiche Abgeordnete der Regierungsparteien ebenfalls der Meinung sind, daß Waffenverkäufe oder Lieferungen dieser Art wenig oder gar nichts mit Entwicklungshilfe zu tun haben und u.U. sogar dazu geeignet sein können, neue Spannungen zwischen den jungen Völkern Afrikas zu fördern, hat man sich im Bundestag nicht - oder zunächst noch nicht - zu einer klaren Entscheidung durchbringen können. Der sozialdemokratische Antrag geht in die Ausschüsse und soll dort weiter beraten werden.

Es ist schon ein Erfolg der sozialdemokratischen Initiative, wenn der Bundesaußenminister nicht mehr, wie früher, behauptet, diese Waffenlieferungen an Länder außerhalb des NATO-Bündnisses seien eine "Entwicklungshilfe besonderer Art". Was man jedoch zur Abwehr der sozialdemokratischen Forderung hörte, konnte nicht befriedigen.

Waffenlieferungen und Waffenverkäufe sind meist sehr problematisch; auch, wenn sie unter "Waffenbrüdern" getätigt werden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß z.B. die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die NATO-Partner Türkei und Griechenland in dem blutigen Zypernkonflikt vor zwei Jahren eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Die UNO-Überwachungskommission auf Zypern hatte seinerzeit festgestellt, daß sowohl von Athen als auch von Ankara aus der Bundesrepublik kommende Waffen von Freischärlern und halbregulären Gruppen benutzt wurden. Dieses unerfreuliche Kapitel ist inzwischen abgeschlossen, nachdem die NATO-Partner Griechenland und Türkei sich verpflichtet haben, keinerlei Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei ihren Auseinandersetzungen zu benutzen.

In Afrika dagegen, wo es sich bei den Empfängerländern nicht um NATO-Partner handelt, sind Waffenlieferungen nach wie vor nicht selten erst der Anlaß zum Ausbruch von blutigen Kämpfen.

Von den Befürwortern solcher Waffenlieferungen wird oft gesagt, die blockfreien afrikanischen Staaten, die von der Bundesrepublik keine Waffen erhielten, würden sich diese aus den Ostblockländern verschaffen. Auch Angehörige neutraler Staaten, die auf dem internationalen Markt als Ankäufer und Verkäufer von Waffen jeglicher Art auftreten, können leicht - so wird behauptet - das Loch ausfüllen, das durch Nichtlieferungen aus der Bundesrepublik entsteht.

Im Wesentlichen wird es bei den weiteren Beratungen darauf ankommen, einen Unterschied zu machen zwischen Waffenlieferungen, die von den Empfängerstaaten direkt bezahlt werden und solchen Lieferungen, die möglicherweise von der Bundesrepublik über das Konto "Entwicklungshilfe" mit langfristigen Krediten oder sogar kostenlos in die Empfängerländer geschleust werden. Die zuständigen Bundestagsausschüsse werden sich also mit der Frage beschäftigen müssen, in welcher Form bisher Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik an afrikanische Staaten erfolgten und wie vermieden werden kann, daß mit Hilfe deutscher Waffen neue internationale Konflikte ausgelöst werden können. In jedem Fall muß vermieden werden, daß die Bundesrepublik in der Sog des kaum noch zu kontrollierenden internationalen Waffenhandels gerät.

Entwicklungsbedürftige Gesundheitspolitik

LVA-Rheinprovinz schlägt Alarm

sp - Mit unserer Volksgesundheit steht es nicht gut. Sie ist in hohem Maße entwicklungsbedürftig und förderungswürdig. Fast 60 Prozent aller Renten müssen infolge vorzeitigen Verschleißes der Gesundheit und der Arbeitskraft vor Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze gewährt werden. Sie belegen die Unzulänglichkeit aller bisher durchgeführten Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit. Dies führt zum vorzeitigen Ausscheiden vieler Millionen Frauen und Männer aus dem Erwerbsleben. Der dadurch bedingte volkswirtschaftliche Verlust geht in die Milliarden.

Erschreckende Zahlen

Zahlen, die alarmieren und erschrecken müßten, veröffentlichte in diesen Tagen die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf. In ihrem Bereich wurden für das Jahr 1965 Renten an folgende Altersgruppen gewährt:

* Im Alter bis 24 Jahren	168 =	0,5 Prozent
* 25 - 29	322 =	1,0
* 30 - 34	470 =	1,4
* 35 - 39	753 =	2,2
* 40 - 44	1.145 =	3,4
* 45 - 49	1.327 =	3,9
* 50 - 54	3.111 =	9,2
* 55 - 59	6.856 =	20,3
* 60 - 64	16.603 =	49,2
* über 64 Jahre	2.991 =	8,9 Prozent

Die von der LVA-Rheinprovinz veröffentlichten Angaben über die Altersgliederung der Rentenbezieher treffen wohl für das ganze Bundesgebiet zu. Von zehn Menschen, die im Erwerbsleben stehen, erreichen nur vier die gesetzliche Altersgrenze in der Rentenversicherung. Mehr als die Hälfte sind zum vorzeitigen Nichtstun gezwungen, können aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten und müssen durch das frühe Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß eine erhebliche Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen.

Frühinvalidität ist kein Naturgesetz

Die beunruhigende Zunahme von Frühinvalidität und Arbeitsunfähigkeit mit allen ihren düsteren Begleiterscheinungen für die

davon betroffenen Menschen hat viele Ursachen, ist aber kein Naturgesetz. Wirksame Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen könnten Abhilfe bringen. Die bestehenden Gesetze reichen nicht aus. Da gibt es beträchtliche Lücken. So spielt unter den Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit die Berufsförderung nur eine geringe Rolle.

- \* Im Vergleich zu rund 700 000 Heilverfahren haben die Träger der Rentenversicherungen bisher nur in etwa 12 500 Fällen Berufsförderung betrieben, davon rund 2 500 Berufsumschulungen. Die Ausgaben dafür betragen dreizehn Millionen DM, die Aufwendungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten dagegen jährlich fünf Milliarden DM.

Noch immer ist es üblich, daß die Versicherten nach Abschluß eines Heilverfahrens in der Regel zu der Berufstätigkeit zurückkehren die ihre Gesundheit gefährdet hat. Bisher gibt es kein Gesetz, das eine verantwortliche Behörde für alle Maßnahmen der Berufsförderung vorsieht. Hier herrscht ein Durcheinander.

#### Volk von Kurgästen und Dauerkranken?

Werden wir ein Volk von Kurgästen und Dauerkranken? Die Gefahren für die Volksgesundheit nehmen von Jahr zu Jahr zu und es sind nicht allein das Tempo in den Büros und Betrieben oder unzulängliche Schutzbestimmungen, die den Verschleiß der Arbeitskraft verursachen. Die Verunreinigung der Luft und der Gewässer lösen Krankheiten aus, der anhaltende Lärm in den verstopften Straßen unserer Städte führt zu Schäden, die zumeist nicht mehr zu beheben sind. Raumordnung, Landschafts- und Ortschaftsplanung tragen nicht immer den gesundheitlichen Bedürfnissen Rechnung. Auch fehlt es immer noch an Sportplätzen. Der Mangel an Bewegung und sportlicher Betätigung zeitigt Haltungsschäden; fast ein Drittel unserer männlichen Jugend ist deshalb für den Wehrdienst untauglich.

An Warnungen von Medizinern und Wissenschaftlern vor der steigenden Bedrohung unserer Volksgesundheit fehlt es nicht; wahrscheinlich muß noch weit Schlimmeres passieren, und das Übel sich noch mehr ausbreiten, bevor die Gesundheitspolitik jenen Rang bekommt, der ihr im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution gebührt.

- 2 -

"Jugend von heute"

Pauschalurteile sind nicht angebracht

G.P. - Jede ältere Generation behauptet von sich, sie sei in ihrer Jugend viel tüchtiger und viel braver gewesen, als "die Jugend von heute". Dem Vornehmen nach waren die meisten Väter - wenn sie z.B. von ihren Schülerlebnissen erzählen - immer unter den ersten fünf Besten in der Klasse... Am Ende solcher und ähnlicher Erzählungen ertönt dann gewöhnlich der Stoßseufzer "Ja, ja, die Jugend von heute".

Angesichts der furchtbaren Verbrechen, die in letzter Zeit von Jugendlichen begangen wurden, und auch im Zusammenhang mit der sehr breiten Berichterstattung, die diesen Vorgängen gewidmet wird, ist man hier und dort geneigt, abwertige Pauschalurteile über "die Jugend von heute" zu fällen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Beobachtung und Registrierung der Jugendkriminalität heutzutage viel umfassender ist als in früheren Zeiten. Auch die Berichterstattung über Verfehlungen und Verbrechen jeglicher Art ist breiter und umfangreicher als je zuvor. Als Folge davon kann der Eindruck entstehen, daß "die Jugend von heute" an sich schlechter ist als die Gleichaltrigen in früheren Zeiten.

Demgegenüber ist das Registrieren guter Taten und des bewunderungswürdigen Verhaltens vieler junger Menschen leider zur Seltenheit geworden. Gerade in dieser Woche konnte Bundespräsident Lübke darauf verweisen, daß sich in den vergangenen Jahren etwa 100 000 junge Menschen in der Bundesrepublik zum freiwilligen Entwicklungsdienst in fernen Ländern gemeldet haben. Gewiß sind unter diesen jungen Freiwilligen auch einige, die aus Abenteuerlust und ähnlichen Gründen auf dem Weg über den Hilfsdienst in Entwicklungsländer nach Asien, Afrika oder Lateinamerika gehen wollen. Genaue Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß die Mehrzahl der jungen Menschen in vollem Bewußtsein der schweren und undankbaren Aufgabe, die sie erwartet, nichts anderes wollen, als eine gute Tat zu begehen.

Ein anderes Beispiel: In diesem Sommer werden wieder 800 junge Menschen ohne Entgelt in Israel, Frankreich, Belgien aber auch in Deutschland selbst eine Arbeit übernehmen, durch die sie den Wällen der deutschen Jugend zur Wiedergutmachung für jene Schandtaten bezeugen wollen, die unter Hitler im Namen des deutschen Volkes begangen wurden.

Das sind Beispiele des Opferwillens einer jungen Generation, deren Taten die Presse nur selten Schlagzeilen widmet.

Außer ihnen gibt es aber noch viele 100 000 junge Menschen, die täglich - sei es im Berufsleben, in der Schule oder in ihrer Freizeit - ohne Fehl und Tadel ein Leben führen, das auch für manchen Älteren mit mehr oder weniger finsterner Vergangenheit beispielgebend sein kann. Über diese jungen Menschen wird wenig berichtet; man meint, ihr Verhalten sei trotz der turbulenten Umwelt, in der sie sich bewegen müssen, selbstverständlich. Trotzdem ist es gut zu wissen, daß es sie gibt, daß sie sogar die Mehrzahl unserer jungen Menschen darstellen.

Deswegen: gerade in diesen Tagen, da man Schreckliches über die Verfehlungen einiger junger Menschen zur Kenntnis nehmen muß, sollte man sich vor schnellen Pauschalurteilen über "die Jugend von heute" hüten.

## Uruguay und der Sowjetblock

Auch Pankow mischt mit

Außerhalb Lateinamerikas wie in Iberoamerika selbst hatte es Erstaunen hervorgerufen, als Uruguays Regierungsrat die Möglichkeit eines Bruches mit Moskau und den übrigen Ostblockstaaten andeutete und zu verstehen gab, die Sowjetunion habe sich in die ständigen Arbeitskonflikte des Landes eingemischt, die wegen der Inflationstendenzen und Streikwelle der letzten Zeit den Ruf eingebracht hat, die "Schweiz Lateinamerikas" zu sein.

Tatsache ist, daß Uruguays traditionelle Parteien, die "Blancos" und "Colorados", sich einer wachsenden Opposition der extremen Linken gegenüber sehen. Diese Linke, politisch noch höchst unselbständig, fragt häufig die 107 in Montevideo ansässigen Sowjetdiplomaten um Rat, wenn es gilt, einen Kongreß zu organisieren oder die Propagandatrommel zu rühren. Seit zwei Jahren versucht Uruguay die Sowjetunion zu veranlassen, auch ihr Botschaftspersonal auf die in Moskau übliche Zahl von sieben Uruguayern zu beschränken.

Uruguay ist oftmals als das "Sprungbrett der kommunistischen Propaganda" bezeichnet worden. Angeblich versorgt Moskau ganz Lateinamerika mit Propagandaschriften, die in Montevideo entstehen oder über Uruguay eingeschleust werden. In Montevideo selbst gibt es zwei linksextreme Zeitungen, die außerdem noch im gleichen Gebäude untergebracht sind: die kommunistische "El Popular" und die castrofreundliche "Epoca". Uruguays Kommunistenchef Rodney Ariasendi ist jedoch stets darauf bedacht, mit den Ostblockdiplomaten den Kontakt möglichst auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die uruguayischen Kommunisten waren klug genug, um bei den jüngsten Streiks nie einen Schritt außerhalb der Legalität zu wagen. Sie hatten allerdings ein Argument parat, mit dem sie der Regierung den Wind aus den Segeln nahmen: sie bezichtigten die Regierung, sich von den USA erpressen zu lassen und wiesen darauf hin, daß die uruguayische Staatsbank etwa 30 Millionen Dollar seiner Goldreserven an die USA wegen totaler Verschuldung verpfänden mußte. Dieser Schachzug zeigt, daß Uruguays Kommunisten äußerst geschickt taktieren.

Geschickt verhält sich auch die deutsche Sowjetzone, die in Uruguay auf jeden Fall Fuß zu fassen sucht. So wurde der uruguayische Parlamentspräsident, Luis Hierro Garbardella, als Ehrengast nach Leipzig eingeladen. Dann trat die "DDR" als der größte ausländische Aussteller auf der "ersten Atlantik-Messe von Montevideo" auf und etablierte sich mit einer Reihe von kulturellen Einrichtungen. Der Clou dieser Anstrengungen Pankows wird aber die Errichtung einer Zweigniederlassung der Nachrichtenagentur ADN sein, die von dort aus ihren spanisch-sprachigen Dienst in alle Länder Iberoamerikas vertreiben will, weil ein ähnliches Projekt in Kuba auf technische Schwierigkeiten stoßen würde.

+ + +